

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 34. 30. Jahrg.

24. August 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weipostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. — Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Flg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Flg. pro Zeile. Beleggen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Zur Beachtung! Die Wirkung auf den Charakter. Rundschau. Verordnung zum Schutze der Mieter. Sozialisierung des Sparkassenkapitals. — **Allgemeines:** Gegen die Teuerung. — **Die photomech. Fächer:** Teuerungszulagen im Chemigraphiegewerbe. Ortsberichte: Leipzig, Chemigraphen. — **Feuilleton:** Aus: Die soziale Bilanz des Krieges. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadr. z. H. d. Geschäftsführers Herrn Rich. Köhler.
Betrifft Tarifausschluß:
Kreis 4:
Prinzipalskreisvertreter: Stefan Weinwurm i. Fa. Weinwurm & Hafner, Stuttgart, Silberburgstraße 178.
Berlin, den 14. August 1917.
Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.
Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.
Rich. Köhler, Geschäftsführer.

Die Wirkung auf den Charakter.

Kürzlich hatte ich das zweifelhafte Vergnügen ein Gespräch einiger Frauen mit anzuhören. Das Thema war, wie man Lebensmittel bekommt.

»Ach, so leicht rücken die Bauern nichts heraus. Da muß man schon ordentlich zu klagen verstehen. Wissen Sie, wie ich es da gemacht habe? Ach sagte ich, mein Mann ist schon über 2 Jahre im Felde, da muß ich die ganze Woche arbeiten gehen und jetzt ist nun auch noch mein Kind krank geworden und dann kein Gemüse im Hause; geben sie mir doch schon etwas, ich weiß ja sonst garnicht wie ich durchkommen soll. Und dann habe ich direkt geweint, die Tränen sind mir ordentlich heruntergelaufen. Na, sehn sie, da hat er sich doch erweichen lassen.« Und vor Stolz lachend setzt sie hinzu: »Ja, so muß man es machen, wenn man etwas haben will.« — Ein anderes Bild. Die Straßenbahn fährt nach einem ländlichen Vorort. Es war ein elend gefährlicher Andrang, die Fahrgäste zum großen Teil mit Handtaschen, hin und wieder Kinder und ältere Männer mit Rucksäcken oder ähnlichem. Vor mir steht ein zirka 15-jähriger Knabe mit einer Handtasche. Eifrig redet der etwas einfältig aussehende Junge auf einen älteren Mann ein: »Och, jetzt fahre ich heute schon das dritte Mal raus. Die Bauern sind gar nicht so schlecht. Ich kenne sie jetzt schon ganz genau. So 60 bis 70 Pfennig habe ich doch wohl bei jeder Tour übrig. Zu Hause kaufen sie es mir immer gleich ab. Das muß man bloß verstehen.« —

Wer hätte nicht aus eigener Anschauung in letzter Zeit ähnliche Beobachtungen machen können? So mancher der sonst die Nase nicht hoch genug tragen konnte, hat jetzt aus Angst vor Entbehrung das Winseln gelernt. Hört man mit offenem Ohr die Erfahrungen der eifrigen Hamsterfahrer unter sich austauschen, dann fragt man unwillkürlich, ist denn die Scham zu den Hunden entflohen? Freilich sagt nicht jeder Bauer dem Betein-

den: »Meinetwegen mögen die Städter verrecken!« Nicht jeder Händler entwickelt die Rücksichtslosigkeit, die wir uns hoffentlich recht sehr für die Zeit nach dem Kriege merken werden. Es gibt da wohl gewaltige Unterschiede.

Wenn eine sogenannte gebildete Frau oder Dame, wie die Tageszeitungen vor einiger Zeit berichten konnten, sich herbei ließ, dem dabeistehenden höhnisch grinsenden Bauern für ein bereits mit Wucherpreis bezahltes Huhn auch noch die Stube aufzuwischen, so mögen das jene Kreise mit sich selbst abmachen. Die moralische Ver lumpung jener Leute, die aus Angst vor eventuellem Hunger sich in den Kot treten lassen, erweckt unser Mitleid nicht. Aber ernste Sorgen muß es

Zur Beachtung!

Häufig wenden sich die im Felde befindlichen Kollegen an uns mit dem Wunsche, wir möchten ihnen regelmäßig die »Graphische Presse« zusenden. Soweit es sich um bisher nicht organisierte handelte, haben wir diesen Wunsch gern erfüllt, die Adresse dann aber der zuständigen Mitgliedschaft überwiesen.

Bei dem großen Interesse das diese daran haben, mit den Kollegen ihres Ortes in dauernder Verbindung zu bleiben, bitten wir die Kollegen mit dergleichen Wünschen die Kollegen ihres Heimatortes zu betrauen. Neben der Fachzeitung werden rege Verwaltungen gern die Gelegenheit ergreifen, ihren im Felde befindlichen Kollegen auch noch hin und wieder wichtige örtliche Vorgänge mitzuteilen. Manche unliebsame Enttäuschung könnte beiden Teilen dadurch erspart werden.

Die Redaktion.

uns machen, wenn an diesem Tanz auch ein gut Teil unserer Arbeiterschaft beteiligt ist.

Ich weiß wohl, daß hier die grimmige Not viel unwiderstehlicher wirkt. Ich fühle auch kein Talent mich zum Sittenrichter aufzuwerfen. Ganz sicher reichen ja auch jetzt die besten Kriegslohne nicht aus, um ein sogenanntes Hamsterlager sich einzurichten. Im allgemeinen wird es eben so sein, daß der Arbeiter, der Gelegenheit hat irgend eine Ware in größerem Umfange zu erstehen, dafür auf andere, mindestens ebenso dringend notwendige Ware verzichten muß. Wo die Lebensmittelverteilung zum Teil glatt versagt, da kommt niemand ohne die Benutzung des Schleichhandels mehr aus. Unter solchen Umständen haben auch alle statistischen Berechnungen über den Stand der Lebensmittelpreise nur geringen Wert, weil die tatsächlich gezahlten Preise häufig unvergleichlich viel höher sind. Was uns hier beschäftigen soll, daß sind die Wirkungen, die alle diese Verhältnisse auf den Charakter der sozialistisch

organisierten Arbeiterschaft ausüben können.

Die wichtigste Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung in den ersten Jahrzehnten war, die im wirtschaftlichen Elend und der kapitalistischen Sklaverei dahin vegetierenden Arbeiter aufzurütteln. Indem wir ihnen den Nachweis brachten, daß ihr Elend kein gottgewolltes, unabänderliches ist, gaben wir ihnen den Mut dagegen anzukämpfen. Mit den zunehmenden Fortschritten der Arbeiterbewegung wuchs das Selbstbewußtsein. Der Arbeiter um 1910 herum trat aufrecht als gleichberechtigter seinem Arbeitgeber entgegen. Die zitternde, schleichende Unterwürfigkeit früherer Jahrzehnte hatten wir von ihm genommen. Das bewiesen uns die großen wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland, die durch ihre Disziplin und eiserne Ruhe die bewundernde Achtung der Gegner gewannen. Ja schließlich war doch die erstaunliche Bildungsarbeit der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen erst möglich, weil die Arbeiterschaft den wirtschaftlichen Tiefstand der früheren Jahrzehnte längst überwunden hatte.

Der Krieg machte zum mindestens einen Teil dieser stolzen Arbeit zu schanden. Er lockerte die Disziplin indem er uns viele der einflußreichsten, sozialistisch durchgebildetsten und besonnensten Vertrauensleute nahm. Dieser Lockerungsprozeß griff um sich, jemehr die Einziehungen fortschritten. Er wurde noch verstärkt durch den jähen Zusammenbruch auf dem Arbeitsmarkt im 1. Kriegsjahre, durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und schließlich durch riesige Abwanderung der Arbeiter in ihnen bisher fremde Berufe. Immer fremder wurden sich jetzt die hier zusammengeführten Arbeitskräfte in den Betrieben. Der nachhaltige Einfluß gedachter Mitarbeiter mußte so ganz von selbst auch dort verloren gehen, wo diese nicht eingezogen wurden. Spaltpilze hat es schon vor dem Kriege mehr als zuviel gegeben, aber erst die hier geschilderten Verhältnisse gaben ihnen den Nährboden, auf dem sie ihre unheilvollen Wucherungen vollbringen konnten.

Und nun noch dazu der Jammer der Lebensmittelverteilung. Die Wirkung dieser Dinge auf den Charakter der Arbeiterschaft kann uns nicht gleichgültig bleiben. Die staunenswerten Entbehrungen der Arbeiter bei großen Streiks, die Monate und Monate darboten um ihr Ziel zu erreichen, waren nur möglich auf Grund eines starken sozialistisch durchgebildeten Willens. Die Menschen sind in der Kriegszeit anders geworden. Die ungeheure Sorge um die Heranschaffung der notwendigen Lebensmittel, die beleidigenden Zumutungen durch Händler, sowie durch andere nicht legitimierte Verkäufer, mußten schließlich das mühsam gewedte Selbstbewußtsein bei mancher Arbeiterin und manchem Arbeiter ersticken. Männer, Frauen, Greise und Kinder haben sich in den Kriegsjahren mit diesen charakterverderbenden Verhältnissen abgefunden, haben sich langsam an eine fast entwürdigende Einschätzung ihrer Persönlichkeit gewöhnt. Am nachhaltigsten,

und darum für uns am gefährlichsten, dürfte die Einwirkung dieser Verhältnisse auf das Gemüt der Kinder und Jugendlichen sein, weil sie an sich frischer, empfänglicher für solche Dinge sind. Was hier die Kriegszeit an sittlichen Werten zerstört hat, läßt sich wohl erst in Generationen ausgleichen.

Dazu kommt ein anderes hinzu. Auch unsere Arbeiter, die aus dem Felde zurückgekommen, sind nicht immer die Gleichen geblieben. Die Gewerkschaften haben darin zum Teil merkwürdige Erfahrungen machen müssen. Daß Heimweh, die Sehnsucht nach den Angehörigen, der Wunsch aus dem geradezu vorgeschichtlichen Leben heraus zu kommen, läßt sie nur zu leicht alle einst auch von ihnen für notwendig und nützlich erkannten gewerkschaftlichen Satzungen vergessen und im Entlassungsfalle über den Haufen rennen. Ob es sich um die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, um die Beachtung des Arbeitsnachweises oder sonst was handelt, überall macht sich die Lockerung der alten Disziplin bemerkbar, zum Schaden der Gesamtheit. Und schließlich der Ton in der Kaserne, im Schützen-graben ist nicht immer ein kollegialer; die Empfindsamkeit gegen Herabsetzung schleift sich ab. Auch das müssen wir bei unserer späteren Agitation mit berücksichtigen. Denn die Zahl der militärisch ausgebildeten Mannschaften hat sich in der Kriegszeit gewaltig vermehrt.

Auch ohne die Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung wären wir in unserer Aufklärungstätigkeit für die Arbeiterbewegung auf einen Punkt zurückgeworfen, den wir seit zirka 20 Jahren glaubten überwunden zu haben. Der Satz, daß der Krieg eine sittliche Wiedergeburt der Menschheit bedeutet, kann erstlich heute nur noch von Kriegswuchern und Kriegsgewinnern, oder von reaktionär total verrannten Menschen verfochten werden.

Wir wußten das längst. Wir haben den Krieg nicht verhindern können; was aber in unserer Macht steht, soll und muß getan werden, um diese furchtbaren Verluste der Menschheit an sittlichen Werten wieder auszugleichen.

Rundschau.

Lohn- und Teuerungszulagen: In *Aschaffenburg* hat die Firma *Aktien-Buntpapierfabrik* seit Juli die bereits seit längerer Zeit bestehenden Teuerungszulagen verdoppelt. Somit erhalten jetzt die Verheirateten 20 Mk. und für jedes Kind unter 13 Jahren 5 Mk. pro Monat; die Ledigen erhalten jetzt 12 Mk. monatlich statt bisher 6 Mk. — In *Crimmitschau* hatte die *Kunststalt vorm. Etzold & Kießling* im September 1915 eine nur während des Krieges gültig sein sollende Teuerungszulage von 5 Proz. gewährt; diese wurde aber dann als Lohnzulage angerechnet. Im Mai 1916 wurden Lohnzulagen von 1 Mk., 1,50 Mk. und 2 Mk. und im April d. Js. wurde wieder eine allgemeine Lohnzulage und zwar von 5 Proz. bewilligt. Kürzlich hat nun die Firma nach Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß wiederum eine Lohnverbesserung eintreten lassen und zwar bewilligte sie 10 Proz. Das Gesamtergebnis gestaltet sich nunmehr während der Dauer des Krieges für Lithographen 20 Proz., für Steindruckern 25 Proz. und für Hilfsarbeiter durchschnittlich 40 Proz. Den Kriegerfrauen gewährt die Firma wöchentlich 4 Mk. und die im Kriegsdienst befindlichen Kollegen, welche bei Beginn des Krieges in der Anstalt in Stellung waren, bekommen alljährlich im Juni einen Teil ihrer Gratifikation ausgezahlt. In *Neurode* haben die *Berlin-Neuroder-Kunststalten* Anfang Juli durch Vermittlung unserer Organisation an sämtliche jetzt noch beschäftigten 13 Kollegen eine wöchentliche Zulage von je 2 Mk. bewilligt. — In *Nürnberg* hat die Firma *Schneller & Co.* auf Grund von Verhandlungen mit dem Ortsvorsitzenden ihren Steindruckern eine Teuerungszulage von 10 Proz. bewilligt. — In *Stettin* hat die Firma *Wiese & Co.* die vierte Zulage bewilligt und zwar an jeden Kollegen 3 Mk. pro Woche. Hiermit haben die Kollegen je 9 Mk. wöchentliche Lohnzulage erhalten. — Die Firma *Hendes, G. m. b. H., in Stargard i. Pomm.* bewilligte als dritte Lohnzulage 4 Mk., somit erhält der Kollege eine Zulage von 7 Mk. pro Woche.

Die Internationale des Finanzkapitals. Der Berliner »Vorwärts« brachte am 16. d. Mts. folgende Aufsehen erregende öffentliche Anfrage: »Sowohl in der französischen Kammer an einem der letzten Sitzungstage als auch auf der englischen Arbeiterkonferenz wurde gesagt, daß kürzlich in der Schweiz eine Konferenz der Finanziers aus den kriegführenden Ländern stattgefunden hat.

Besonders betont wurde, daß die Entente-Regierungen diese Zusammenkunft mit Männern aus Deutschland gewähren ließ. Die deutsche Öffentlichkeit hat vollen Anspruch darauf, zu erfahren, um was für eine Zusammenkunft es sich in diesem Falle handelt. Staatsgeheimnisse können ja nicht vorgeschützt werden, da, was dem Auslande genau bekannt ist, auch dem deutschen Publikum nicht vorenthalten werden kann. Herr Helfferich, der in seinem bürgerlichen Beruf ein Bankmann war, hat hier Gelegenheit, in seiner neuen Stellung zum erstenmal das Wort zu ergreifen. — Auf die Antwort darf man gespannt sein. Wir erinnern uns nur daran, wie häufig der Arbeiterschaft der Vorwurf gemacht wurde, sie sei international und daher einer gerechten Behandlung unwürdig. Und nun? —

Heim gefunden. Der bisherige Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. von Richter wird demnächst in die Leitung eines großen Industrie-werks in Oberschlesien eintreten — meldet die Presse. Die Verabschiedung dieses Mannes ist bei dem großen Ministerschub vor vierzehn Tagen unbemerkt vorstatten gegangen, als es ihrer sachlichen Bedeutung zukam. Denn zum Dezernat des Dr. von Richter gehörte bis zu seiner Verabschiedung auch der wichtigste Teil der deutschen Sozialpolitik, der im Reichsamt des Innern bearbeitet wurde. In der Tat sorgte Dr. von Richter dafür, daß möglichst nichts gegen den Willen der Schwerindustrie geschehe. In die Kohlenversorgung ist z. B. nur dann Ordnung zu bringen, wenn der Kohlenhandel gänzlich ausgeschaltet wird und das Reich die Versorgung mit Kohle planmäßig organisiert. Dann kann dafür gesorgt werden, daß stets ganze Kohlenzüge von einer Zeche nach einer Stadt gehen und daß nicht wie bisher jeder Waggon eines auf der Zeche beladenen Kohlenzuges für einen anderen Betrieb und Ort bestimmt ist. Aber diese Ausschaltung des Kohlenhandels wußte Dr. von Richter zu hinterreiben, und die Kohlenversorgung ist trotz Kriegszeit heute noch so wenig organisiert, wie im tiefsten Frieden. Wenn dieser Mann jetzt unmittelbar in den Dienst der Großindustrie tritt, so geht er nur dorthin, wohin ihn das Herz schon immer zog; so tut er nur, was jeder stets von ihm erwartet hat. Aber der Mann war Leiter der deutschen Sozialpolitik. Kann die Regierung sich wundern, wenn die Arbeiterklasse kein Vertrauen zu ihr gewinnt, so lange sie einen Mann, der ganz im Banne des Großunternehmertums steht, an solcher Stelle läßt. In Wahrheit deckt der Übertritt Dr. von Richters zur Großindustrie einen Fehler der deutschen Regierungsweise auf, der schlimmer war, als seinerzeit die zwölftausend Mark-Affäre Wödtko-Graf Posadowsky.

Verplappert. Gegen die Forderung der Gleichheit wendet sich die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung«, indem sie einen Artikel aus den Sozialistischen Monatsheften kritisiert. Dabei kommt wieder der ganze so veraltet klingende Fabrikherrendünkel zum Ausdruck: »Natürlich wird in der vorliegenden Abhandlung zunächst das Hohe Lied der Gleichheit angestimmt, und das Naturrecht wird wieder einmal auf den Thron erhoben. Der Fabrikarbeiter, so heißt es, hat genau so großes Anrecht auf Kartoffeln wie der Großindustrielle (nebenbei bemerkt, was gerade die Kartoffeln anlangt, so dürfte hier vielleicht der Konsum des Fabrikarbeiters noch den des Großindustriellen übertreffen), der Bureaudienner hat dieselbe Buttermenge zu beanspruchen wie der Minister. Diese früher undenkbar Gleichheit sei zur allgemeinen Lebensandauung geworden und, so meint die Verfasserin, es müsse fortan von Staats wegen dafür gesorgt werden, daß der Mindestanspruch jedes Menschen glatt befriedigt wird. . . . Uns interessiert nicht der nur mühsam verhaltene Hohn dieser Zeilen, er ist uns zur Genüge bekannt; nur das Geständnis möchten wir festhalten, daß es jenen Leuten durchaus bekannt ist, wie sehr die Arbeiter in ihrer Ernährung auf die Kartoffel angewiesen sind, die nach ihrem Nährwertgehalt, diese Bevorzugung durchaus nicht verdient. Das wollen wir gern glauben, daß der Großindustrielle, dessen Einkommen, nach einer berühmten gewordenen Äußerung auf einer geheimen Unternehmensversammlung, in keinem Verhältnis zu dem der Arbeiter steht, leicht auf starken Kartoffelgenuß verzichten kann.

Konzessionspflicht der privaten Fachschulen. Ein auch für unsere Berufe wichtiger Bundesratsbeschuß liegt nunmehr vor, wonach für private gewerbliche und kaufmännische Fachschulen die Konzessionspflicht und Überwachung eingeführt wird. Weit entfernt davon, in den vielen erschwerten Verordnungen den Ausweg aus all den Begleiterscheinungen des Krieges zu finden, dürfte diese Verordnung doch in weiten Kreisen mit Genugtuung begrüßt werden. — Unsere photographischen Branchen sind mehrfach durch wilde Lehranstalten geschädigt worden. Die näheren Bestimmungen lauten im Wesentlichen: Wer künftig eine private Fach- und Fortbildungsschule betreiben will, in der Unterricht in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern erteilt werden soll, oder wer in einer solchen Schule unterrichten will, bedarf dazu der Erlaubnis der von der Landeszentralbehörde bestimmten Behörde. Wer in den genannten Fächern Privat-Unterricht zu erteilen

beabsichtigt, bedarf dieser Erlaubnis ebenfalls, wenn den Umständen nach anzunehmen ist, daß der Unterricht gewerbsmäßig an Personen erteilt werden soll, die ihre Kenntnisse als gewerbliche oder kaufmännische Angestellte verwerten wollen. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die sittliche Zuverlässigkeit des Nachsuchenden Bedenken berechtigt erscheinen läßt, oder wenn die erforderliche Befähigung nicht nachgewiesen werden kann, und schließlich wenn der Besizer der zum einwandfreien Betriebe der Schule erforderlichen Mittel oder Räumlichkeiten nicht vorhanden ist. Die Erlaubnis kann auch versagt werden, wenn kein Bedürfnis für die Unterrichtserteilung besteht. Außerdem kann die Erlaubnis unter Bedingungen und auf Widerruf erteilt werden. Das gleiche gilt von der Fortsetzung eines konzessionspflichtigen Privatunterrichts. — Natürlich ist die Hoffnung auszusprechen, daß nicht wieder parteipolitische Gründe die Ausführung der Verordnung beeinflussen, wie wir dies bisher Lehrern gegenüber oft genug feststellen konnten. W. H.

1973 neue Mitglieder gewann der Bergarbeiterverband im ersten Halbjahr 1917. Aufgenommen wurden im ersten Vierteljahr 8126, im zweiten Vierteljahr 13376 neue Mitglieder; diesem Zugang von 21502 steht ein Verlust von 1829 durch Einberufung, Tod und Austritt gegenüber, so daß ein reiner Gewinn von fast 20 000 bleibt. Die Verbandsleitung spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, mehr als 40 000 Mitglieder im Laufe des Jahres für den Verband zu gewinnen.

Ein Geständnis. Am Sonntag den 5. d. Mts. fand in Essen eine Riesenversammlung statt, der mindestens 8000 Bergleute beiwohnten. Sie beschäftigte sich mit der Kohlenförderung, Ernährungs- und Lohnfragen. Landtagsabgeordneter Otto Hue schilderte die natürlichen Erschwernisse der Kohlenförderung und betonte, solle der Betrieb ohne vermeidbare Störung vor sich gehen, dann müßten die Werksbesitzer sich nun endlich verstehen zu Verhandlungen mit den Arbeitergewerkschaften über eine allgemeine Regelung der häufig noch sehr erbitternden Arbeitsverhältnisse im Bergbau. Der großkapitalistische Herrenstandpunkt verschärfe die kleinste Differenz und erzeuge so auch häufig Störungen in der Kohlenförderung. Im Namen der Stadtverwaltung Essen gab Herr Beigeordneter Rath, namens der Landkreisverwaltung der Landrat Dr. Brand längere Erklärungen ab über die unausgesetzten Bemühungen der unteren Verwaltungsbehörden, wenigstens einigermaßen Ordnung auf dem Lebensmittelmarkt zu schaffen. Beide Redner standen ein, daß sie der Gewinnsucht, der Hamsterei und des Schleihhandels nicht Herr zu werden vermöchten. Die Gewinnsucht landwirtschaftlicher Erzeuger und Händler sei so groß, daß z. B. holländisches Gemüse trotz des schlechten Währungsstandes billiger sei als einheimisches und gewisse Lieferanten nur noch mit gesetzlicher Gewalt zur Einhaltung der mit der Stadtverwaltung abgeschlossenen Verträge zu bringen seien!

490 000 Mk. Lohnnachzahlungen. Bald nach Kriegsbeginn wurde für Groß-Berlin von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unter Mithilfe des Kriegsbeleidigungsamts und des Oberkommandos eine Schlichtungskommission — jetzt Kriegsausschuß für Militärschneiderei genannt — im Sinne des Hilfsdienstgesetzes gebildet. In der ersten Zeit tagte dieser wenigstens einmal wöchentlich, häufiger aber auch zweimal. Interessant ist, daß seit Beginn dieser Einrichtung bis 1. August dieses Jahres 1707 Fälle verhandelt wurden, in denen die Beklagten insgesamt zur Nachzahlung von 400 000 Mk. verurteilt wurden. Außerdem wurde eine große Anzahl solcher Klagen auf dem Vergleichswege erledigt.

Verpflegung ausländischer Landarbeiter. Im Reichstage wurde von dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Paasche folgende Anfrage gestellt: »Die deutsche Arbeiterzentrale, Berlin SW 11, Hafenplatz 4, macht für das Jahr 1917 die Kriegsbedingungen für die Vermittlungen ausländischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter bekannt. Darin werden neben den in bar zu leistenden Mindestlöhnen für jede Person und jede Woche folgende Naturalien als lieferungspflichtig bezeichnet: 30 Pfund Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder 3 1/2 Liter Vollmilch, 1/2 Pfund Mehl, 3 Pfund Brot, 2 Pfund Graupen oder Grieß oder Grütze oder 1 Pfund Hülsenfrüchte, 1/2 Pfund Fleisch, 1 Pfund Zucker, 1/2 Pfund Salz. Ist der Herr Reichskanzler bereit, mitzuteilen, wie es möglich ist angesichts der Tatsache, das selbst die heimischen Schwerarbeiter nicht annähernd solche Mengen von Naturalien erhalten können, mit solchen Anerbietungen ausländische Wanderarbeiter nach Deutschland hereinzuziehen, und ob die Möglichkeit besteht, diese Versprechungen zu erfüllen? — Niemand von uns wird wünschen, diese Verpflegung herabgesetzt zu sehen, sie regt aber sicher zu einem Vergleich an mit dem, was den in der Industrie Beschäftigten zur Verfügung steht.

Aus dem Auslande.

Lohnbewegung der lithographischen Arbeiter in Warschau. Am 2. Juli traten, wie die »Gazeta Poranna« vom 27. Juli mitteilt, die Ar-

beiter der lithographischen Anstalten teilweise in den Ausstand und forderten Lohnerhöhungen im Verhältnis von 20-40 Proz der bisherigen Bezüge, Dank der Verständigung des Lithographenverbandes mit dem Vorstände der Gruppe der Drucker und Lithographen bei der Gesellschaft der Industriellen des Königreichs Polen wurde der Ausstand am 16. Juli beigelegt. Die Lithographenarbeiter erhielten eine Lohnerhöhung von 20 Proz der früheren Bezüge; für die Streikzeit wurde nichts gezahlt.

Sieg im finnländischen Buchdruckerstreik. Der Buchdruckerstreik in Finnland hat nach fünfwöchentlicher Arbeitsruhe, während deren Dauer keine Zeitung mit Ausnahme des Arbeiterblattes in Helsingfors erscheinen konnte, nunmehr mit dem Siege der Streikenden geendet. Die Arbeiter erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 110 Proz., die am 14. Oktober auf 125 Proz. steigt und vom 14. Januar 1918 an dauernd auf 140 Proz. vermehrt wird.

Verordnung zum Schutze der Mieter.

Der Bundesrat hat am 26. Juli 1917 bestimmt, daß, wo im Bezirk einer Gemeindebehörde ein Mieteneinigungsamt errichtet ist, die Landeszentralbehörde das Einigungsamt ermächtigen kann:

1. auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen,

2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuem Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nr. 1 betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben.

Der Antrag des Mieters ist unverzüglich, nachdem die Kündigung ihm zugegangen ist, oder wenn die Ermächtigung der Zentralbehörde erst später ergangen ist, unverzüglich nach der Bekanntgabe der Erteilung zu stellen. Von ganz wesentlicher Bedeutung ist aber die sehr einschränkende Vorschrift, daß der Antrag nicht mehr gestellt werden kann, wenn die Mietzeit abgelaufen ist oder die Parteien die Fortsetzung des Mietverhältnisses vereinbart haben. Durch diese Vorschrift wird für die große Mehrzahl all jener Fälle die Wirksamkeit der neuen Verordnung aufgehoben, in denen sich die Mieter mit der Mietsteigerung des Hauswirts schon einverstanden erklärt haben. Es ist geradezu verständlich, wie diese Fälle von der Wirksamkeit der Verordnung haben ausgeschaltet werden können. Sie sind es doch gerade gewesen, die für die Verordnung Anlaß gegeben haben. Bei allen weiteren Versuchen der Hauswirte, eine Mietsteigerung durchzusetzen, wird sich der Einfluß der Verordnung nunmehr geltend machen. Die Hauswirte müssen befürchten, daß sie mit einer Mietsteigerung nicht beim Mieteneinigungsamt durchkommen. Das wird also schon von vornherein ein Hemmnis ihrer Steigerungsversuche sein. Wo sie aber wirklich nach wie vor in rigoroser Weise vorgehen, wird das Mieteneinigungsamt ihren Versuchen schon in geeigneter Weise entgegenzutreten.

Aber auch jene Fälle werden von der Wirksamkeit der neuen Verordnung ausgeschlossen werden, in denen die Mieter eine andere Wohnung genommen haben und nun vor dem Umzug stehen. Dabei kann es ihnen sogar passieren, daß es ihnen unmöglich wird, die neue Wohnung beziehen zu können. Wenn der alte Mieter dieser Wohnung etwa von dem Recht der neuen Verordnung Gebrauch macht und das Mieteneinigungsamt eine Fortsetzung des alten Mietvertrages für diese Wohnung herbeiführt, muß ja der Hauswirt beim Einigungsamt beantragen, den mit dem neuen Mieter geschlossenen Vertrag aufzuheben. Was sollen dann diese Mieter anfangen?

Die Verordnung wird also in keiner Weise den gegenwärtigen Verhältnissen gerecht, und es ist dringend zu verlangen, daß hier noch eine Ergänzung der Verordnung vorgenommen wird.

In den vor das Mieteneinigungsamt gebrachten Sachen entscheidet das Einigungsamt nach billigem Ermessen. Seine Entscheidungen sind unanfechtbar. Wird die Fortsetzung des Mietverhältnisses angeordnet, so gelten die Bestimmungen des Einigungsamts als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrages.

Die Anwendung der neuen Verordnung kann durch Vereinbarung der Parteien nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Soweit keine Einigungsämter errichtet sind, können die Landeszentralbehörden die den Einigungsämtern zugeordneten Befugnisse einer anderen Stelle übertragen, deren Zusammensetzung so erfolgt sein muß, wie die Einigungsämter zusammengesetzt sind. Im übrigen aber auch können die Landeszentralbehörden die Gemeinden zur Errichtung von Einigungsämtern anhalten.

Entscheidungen der Einigungsämter ergehen an sich gebührenfrei, doch bestimmt das Einigungsamt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Es setzt auch die Höhe der Auslagen fest. Die Entscheidung hierüber ist vollstreckbar. Die Vollstreckung richtet sich nach den Vorschriften über die Beitreibung von Gemeindeabgaben.

Sozialisierung des Sparkassenkapitals.

In der modernen kapitalistischen Gesellschaft hat das Kapital nicht nur die Aufgabe, die Mittel herzugeben für die Arbeitsbetriebe und Wirtschaftsgemeinschaften, sondern es dient auch dem Zwecke, seinem Besitzer möglichst hohe Gewinne in den Schoß zu werfen. Diese Doppelnatur des Kapitals darf man bei dem Kampfe gegen den Kapitalismus niemals aus dem Auge verlieren: man soll sich bemühen, dem Kapital seinen ausbeuterischen Charakter zu nehmen, aber als Produktionsmittel und Rückgrat unseres Wirtschaftslebens soll man es hegen und pflegen. Das Kapital muß eben sozialisiert, das heißt dem Interesse der Gesamtheit dienstbar gemacht werden. Es darf nicht mehr dazu verwendet werden, einzelne Volksschichten zu bereichern und die große Masse auszubeuten, sondern es soll unser Wirtschaftsleben zum Vorteile der Gesamtheit befruchten.

Der Gedanke einer Sozialisierung des Kapitals gewinnt immer mehr an Boden. Neuerdings wird auch der Standpunkt vertreten, daß die in den Sparkassen zusammenfließenden Gelder nicht mehr zu privatkapitalistischen Zwecken verwendet werden, sondern daß sie in den Dienst des Volkswohls gestellt werden sollen. Wie der Bürgermeister Dr. Busse in Bunzlau in einem Artikel schreibt, leihen die Sparkassen heute ihre Hypotheken in der Hauptsache nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Ihr Ideal ist das Zins- und Miethaus. Geprüft wird bei Begebung der Hypothek lediglich die reale Sicherheit, kaum noch die Person des die Hypothek Nadsuchenden, ganz und gar nicht oder wohl nur in den seltensten Fällen jedoch, ob die Zwecke, für die das Sparkassengeld gegeben werden soll, den Zwecken der Sparkasse als gemeinnütziger Anstalt entsprechen. Leider werden durch schablonenhaftes und gedankenloses Hergeben von Sparkassengeld häufig Bestrebungen unterstützt, die geradezu als volks- und vaterlandsfeindlich bezeichnet werden müssen und mit den Aufgaben der Sparkassen unvereinbar sind. Durch die Zeitungen gehen ab und zu Notschreie kinderreicher Familienhäupter, die auf der Wohnungssuche von Hausbesitzer zu Hausbesitzer ziehen und überall abgewiesen werden, wenn sie ihre Kinderzahl bekennen müssen. Die Namen solcher Hauseigentümer verdienen, an den Pranger gestellt zu werden; es sind Schädlinge der menschlichen Gesellschaft, die in ihrer Gemeingefährlichkeit ebenso zu bekämpfen sind wie die Hamsterer und Wucherer. Für solche kinder- und volksfeindlichen Bestrebungen darf eine Sparkasse, wenn sie eine gemeinnützige Anstalt bleiben will, ihr Hypothekengeld nicht hergeben, und muß es zurückziehen, wenn es schon geschehen ist. Aber noch weiter müssen die Sparkassen gehen. In Zeiten allgemeinen Wohnungsmangels oder einer Wohnungsnot, wie sie nach dem Kriege von vielen Seiten befürchtet wird und wohl mit Sicherheit zu erwarten ist, werden »geschäftsgewandte« Hauseigentümer die »Konjunktur« ausnutzen und die Mieten zu steigern suchen. Hier muß die Sparkasse zur Prüfungsstelle für alle Mieterhöhungen werden, und wo eine Mietpreiserhöhung unberechtigt und als wucherische Ausbeutung einer Not erscheint, muß sie automatisch den Hypothekenzinsfuß erhöhen oder die Hypothek kündigen. Andererseits könnte sie vielleicht gewissermaßen als Prämie für Hausbesitzer den Zinsfuß heruntersetzen, wenn ein Miethaus eine bestimmte Durchschnittszahl von Kindern auf die einzelne Wohnung beherbergt. Förderung des Kleinhausbaues, Unterstützung kleinsiedlerischer Genossenschaften müssen sich die Sparkassen besonders angeeignet sein lassen. Hier muß der Hauptstrom des Hypothekenkapitals der Sparkassen hinfließen. Hier müssen bei der Beleihung Erleichterungen jeder Art gewährt werden, hier muß bis zur höchsten Grenze der Beleihungsfähigkeit gegangen werden. Der bevölkerungspolitische Gesichtspunkt muß bei Ausleihung von Sparkassengeld fortan der herrschende werden. Die Frage muß entscheiden: Wird mit gemeinnützigem Geld ein gemeinnütziger Zweck verfolgt, wird mitgeholfen, unser Volk zu vermehren, es gesund zu machen, oder dient das Sparkassengeld eigensüchtigen Interessen, nährt es den Wurm an der Wurzel unseres Volkes und unserer gesamten deutschen Zukunft? Mag Privatkapital gewissenlos sein, sich dazu herzugeben, wenn es will, Sparkassenskapital niemals.

Eine Sozialisierung des Sparkassenskapitals in diesem Sinne ist durchaus erstrebenswert. Die Leiter der Sparkassen müssen sich für verpflichtet halten, bei der Verleihung der ihnen anvertrauten Gelder soziale Gesichtspunkte walten zu lassen. Da es in dieser Beziehung aber noch sehr hapert, greifen schon heute die Vertreter einer antikapitalistischen Weltanschauung zur Selbsthilfe, indem sie ihr Geld dort anlegen, wo es sozialen Zwecken dient. Hier kommen in erster Linie die modernen Konsumgenossenschaften in Betracht, die die bei ihnen angelegten Gelder nicht zu selbstsüchtigen, ausbeuterischen Zwecken, sondern zum Nutzen der Mitglieder verwenden. Die Konsumvereine gebrauchten Betriebskapital, wenn sie ihre weitreichenden Pläne verwirklichen und ihre sozialen Aufgaben in vollem Umfang erfüllen wollen. Darum ist es Pflicht eines jeden wahren Sozialisten

der nicht nur sozialistische Reden führt, sondern auch sozialistisch handelt, daß er sein übersüssiges Geld seiner Genossenschaft zuführt. Das gleiche gilt auch von solchen Vereinen, die im Sinne des Sozialismus wirken wollen. Gelder die zur Bekämpfung des Kapitalismus dienen sollen, dürfen selbstverständlich nicht in kapitalistischen Unternehmungen angelegt werden.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gegen die Teuerung!

Wir setzen hiermit die Berichterstattung über unsere Gewerkschaftsarbeit im Kriege fort, die wir in dem Leitartikel in Nr. 31 vom 3. August begonnen haben. Hoffentlich können wir durch die Unterstützung unserer Kollegen noch öfter solche Berichte bringen.

Gau X. Stuttgart.

Wenn vom Gau 10 nicht über größere Lohn- und Teuerungszulagen berichtet werden kann, so hat das neben dem starken Rückgang der Mitgliederzahl, der fast nur auf die militärische Einziehung zurückzuführen ist, hauptsächlich in den vielen kleinen Betrieben seinen Grund. Sind es doch in der Hauptsache Schutzverbandsfirmen, die nur 1 bis 3 Gehilfen beschäftigen. Im Juni d. Jhs. wurde eine umfangreiche Lohnstatistik aufgenommen, nach der z. B. in Stuttgart 1 (Lithographen und Steindruckerei), bei etwa 70 Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,70 Mk. festgestellt werden konnte. Daß es noch Kollegen gibt die mit ihren Friedenslöhnen, ja selbst in einigen Fällen mit noch weniger, auskommen müssen, ist gewiß bedauerlich. Schuld an diesen Verhältnissen sind die Kollegen zum Teil selbst, die häufig ohne Grund, allzu ängstlich an ihrer Lebensstellung hängen.

Das Ergebnis des Vorgehens in den einzelnen Firmen ist folgendes: Die Firma L. Bode, Inh. Paasche & Luz bezahlt neben wiederholter freiwilliger Lohnzulage eine wöchentliche Teuerungszulage von 15 Proz. an 10 Kollegen, Stähle & Friedel bewilligte durchschnittlich 5 Mk. pro Woche an 13 Kollegen, Edkstein & Stähle gewährte für 6 Kollegen 1 bis 3 Mk. pro Woche, Graphische Werkstätten gaben wiederholt Lohnzulagen, so daß die Löhne sich dort zwischen 33 bis 65 Mk. bewegten, Gebert & Veigel zahlt monatlich 10 bis 14 Mk. an 7 Kollegen, U. Levi bezahlt monatlich 10 Mk. an 2 Kollegen (ohne Lohnzulage), K. Ebner gab bisher nur eine einzige Lohnzulage, und zwar 2 Mk. im Januar 1917 an 1 Kollegen, W. Müller zahlt an 1 Kollegen 5 Mk. pro Woche, E. Hochdanz bewilligte neben wiederholter Lohnzulage (bis 10 Mk. pro Woche) monatlich 10 Mk. an 2 Kollegen. Die zwei noch beschäftigten Steindrucker in der Firma M. Seeger konnten nach 3 Kriegsjahren keinerlei Zulage erhalten, H. Bendele bezahlt neben öfterer Lohnzulage 4 Mk. pro Woche an einen Kollegen, D. Hermann zeichnete einem Kollegen 100 Mk. zur Kriesanleihe(!); ab Juni erhält dieser noch 8 Mk. pro Monat Teuerungszulage.

K. Michael in Zuffensausen bewilligte einem Kollegen 5 Mk. pro Woche, Wahler & Schwarz bezahlen monatlich 4 Mk. an 2 Kollegen.

Von den Cannstatter Bleichrutzereien bezahlen die Firma Gebr. Barth an einen Kollegen 20 Proz. pro Woche, Bühler & Co. bewilligte in verschiedenen Raten Lohnzulagen von 3 bis 9 Mk. pro Woche, Blehdosen und Plakatfabrik G. Krämer gibt 10 Proz. pro Woche.

In Eßlingen a. N. bewilligte die Firma J. F. Schreiber 4 bis 5 Mk. pro Woche an 13 Kollegen, in der Firma Schwahl erhält 1 Kollege 15 Proz.

In Heilbronn gibt die Firma K. W. Schilling neben wiederholter Lohnzulage an 4 Kollegen 6 bis 9 Mk. pro Woche, A. Landerer bezahlt 1 bis 6 Mk. pro Woche an 3 Kollegen, H. Volk bewilligte wiederholt Lohnzulagen im Betrage von zusammen 4 bis 10,50 Mk. an 2 Kollegen.

Sdrumberg. Die Firma Gebr. Junghans A.-G. gab einem Kollegen im ganzen 8 Mk. pro Woche, Schweizer & Söhne erhöhte den Taglohn des einzigen Steindruckers von 4,20 Mk. auf 5,50.

In Schwemmingen konnte 1 Kollege 9 Mk. pro Woche Zulage erhalten.

Die Kollegen in Ulm-Heidenheim erzielten Zulagen von 1 bis 2 Mk. pro Woche.

Trotz weniger günstiger Ausnahmen, kann das Resultat nicht befriedigen. Möge diese Veröffentlichung dazu beitragen, daß die Kollegen energischer als bisher für die Verbesserung ihrer Lage eintreten. So fürchtbar die Teuerung auch ist, die Gelegenheit zur Abwendung ist durch den günstigen Stand des Arbeitsnachweises jedem gegeben, der den Mut dazu hat.

Magdeburg.

Hier unterhandelte der Kollege Siller gemeinsam mit dem Ortsvorsitzenden bei den örtlichen Firmen wegen einer Teuerungszulage und kam es im allgemeinen zu einem Ausgleich. In der Firma Baensch jun. erfolgte die Lohnzulage gemeinsam mit der der Buchdrucker. In der Firma Hugo Bestehorn mußte wiederholt eine Verhandlung versucht werden, die aber immer wieder hinaus geschoben wurde, so daß schließlich der

Magdeburger Schlichtungsausschuß von den Gehilfen angerufen wurde. Dort kam es zu einem Ausgleich, wonach allen Gehilfen eine Teuerungszulage gegeben werden sollte. Die Teuerungszulagen, wie sie in den einzelnen Firmen erfolgten, sind aus der nachfolgenden Übersicht zu ersehen:

Firma:	Lohn vor	Bish.Zu-	Neue	Jetziger
	d.Kriege:	lagew.d.	Zulage:	Lohn:
	Mk.	Kriege:	Mk.	Mk.
E. Baensch jr.	32-42		6-7	38-49
H. Bestehorn	24-36	8	3	35-47
Gebr. Bethke	31	6	2	39
Kramer	42-50		4-6	48-54
Richter	42-45	3-5	4 1/2-5	50-57 1/2
Gebr. Walter	32	9	4	47
Zacharias	30-32	8-9	6	49

In der Firma Richter erhalten die Kollegen außerdem eine monatliche Teuerungszulage von 10 Mk. Die Firmen Kramer und Richter sind Lichtdruckanstalten, die übrigen Steindruckereien. Von zwei kleinen Firmen fehlt noch die Übersicht im einzelnen.

Die photomech. Fächer.

Teuerungszulagen im Chemigraphiegewerbe.

Das Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker gibt folgendes bekannt:
 »Veranlaßt durch die weiter gestiegenen Teuerungsverhältnisse, hat das Tarifamt in seiner Sitzung am 17. August beschlossen, daß die tariftreuen Firmen an Stelle der bisherigen Teuerungszulagen, (beschlossen in der Sitzung des Tarifausschusses vom 16. Dezember 1916), mit Wirkung vom 15. August ab, folgende Teuerungszulagen zu zahlen verpflichtet sind:

Lohn:	Für Verheiratete im Monat:	Für Ledige im Monat:
bis 40,— Mk.	20,— Mk.	15,— Mk.
„ 50,— „	18,— „	13,50 „
über 50,— „	16,— „	12,— „

Die Kinderzulagen bleiben wie bisher für jedes Kind unter 14 Jahren 2,— Mk. monatlich.
 Ledige Gehilfen die alleinige Vater- oder Muttererhalter sind, und mit diesen einen gemeinsamen Haushalt führen, erhalten den Zuschlag wie Verheiratete.

Bei Ein- und Austritt oder bei Krankheit mitten im Monat, sind die Teuerungszulagen anteilig zu zahlen.

Seit dem 12. Juli gewährte Lohn- oder Teuerungszulagen sind zu verrechnen.

Die Auszahlung dieser erhöhten Teuerungszulagen, erfolgt erstmalig in der letzten Lohnwoche des Monats August.

Berlin, 17. August 1917.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.
 Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.
 Richard Köhler, Geschäftsführer.

Ortsberichte.

Leipzig, Chemigraphen. Unsere Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Aussprache über unsere Lohnverhältnisse; 2. Bericht von der Tarifamtsitzung, Berlin, Bußtagsprozeß; 3. Bericht des Arbeitsnachweisverwalters; 4. Verschiedenes. Kollege Friedel gab einen Überblick über die jetzige Entlohnung, und vergleicht sie in einem Rückblick mit dem Lohnstand vor dem Kriege; dabei kommt er zu dem Resultat, daß die Löhne im Vergleich zu den verteuerten Lebensverhältnissen völlig ungenügend seien. Die bisher gewährte Teuerungszulage unterzog er einer vernichtenden Kritik, sie könne kaum ernstlich als Trinkgeld angesprochen werden. Ihr sei von den Arbeitnehmern nur zugestimmt worden in der Annahme, daß die Arbeitgeber für später noch eine Erhöhung eintreten lassen würden. Daß ist leider bisher nicht geschehen. Somit sehen wir uns veranlaßt zur Selbsthilfe greifen zu müssen. Es liegt nun an jeden einzelnen Kollegen mit Hand anzulegen, um seine Lage zu verbessern. Nach Bekanntgabe der bearbeiteten Lohnstatistik be-

wegen sich die Durchschnittslöhne in sehr bescheidenen Grenzen und stehen die Chemigraphen weit hinter den andern graphischen Branchen unseres Verbandes zurück. Nach ausgiebiger Aussprache wurde beschlossen, nun örtlich vorzugehen. Den Bericht über die Tarifamtsitzung gab Kollege Friedel. Zum Arbeitsnachweis gab Kollege Berger den Bericht über das verfloßene halbe Jahr. Aufschluß über verschiedene Fragen der Handhabung des Arbeitsnachweises gaben die Kollegen Berger und Friedel.

Feuilleton.

Aus: Die soziale Bilanz des Krieges.

Auf die kleine wertvolle Schrift des Genossen Parvus, die im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, erschienen ist haben wir schon kürzlich hingewiesen. Der nachfolgende Auszug gibt eine Darstellung der Verluste des Krieges.

»Versuchen wir es, uns eine Vorstellung zu bilden darüber, was der Krieg an Gut und Blut den Völkern gekostet hat. Das ist gar nicht leicht. Denn die Regierungen verheimlichen die Zahlen. Die meisten geben nicht einmal ordentliche Verluslisten heraus. Die regelmäßigen Veröffentlichungen der statistischen Bureaus sind eingestellt worden. Außerdem hat der Krieg die internationalen Beziehungen zerissen. Der wissenschaftliche und literarische Verkehr hat aufgehört. Jedes Land hat sich von den anderen durch Zensurwällen abgeschlossen. Die folgenden Schätzungen beruhen auf den von der Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges in Kopenhagen herausgegebenen Berechnungen. Sie erheben keinen Anspruch auf Genauigkeit. Man hat aber den Grundsatz befolgt, lieber hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben, als diese zu überbelten. Es sind Minimumzahlen.

Kosten des Krieges bei dreijähriger Kriegsdauer:
 Kriegsanleihen 350 Milliarden Mk.
 Tote und Verwundete 24 000 000 Männer
 Tote allein 7 000 000
 Invaliden 5 000 000
 Tote und Invaliden 12 000 000
 Verluste durch Geburtenrückgang 9 000 000.

Das sind, wie schon erwähnt, Minimumzahlen. Die Studiengesellschaft in Kopenhagen besitzt wohl zurzeit die vollständigste Sammlung des einschlägigen Materials. Sie verfügt über 600 Zeitschriften und sämtliche Statistiken, die überhaupt während des Krieges aufzutreiben waren. Ihre Berechnungen haben eine internationale Anerkennung gefunden. Eine vollständigere Statistik kann es bis zur Publikation der amtlichen Zahlen nach dem Friedensschluß nicht geben.

So enorm die oben angeführten Zahlen sind, liefern sie doch kein richtiges Bild von den furchtbaren Schäden dieses Krieges. Bei den finanziellen Kosten wären noch zu berücksichtigen die Verwüstungen, die der Krieg verursacht hat, der Verbrauch an Material, die heruntergewirtschafteten Eisenbahnen usw. und schließlich die bevorstehenden Ausgaben für Pensionen, von deren Größe man aus den erschreckenden Zahlen der Toten und Invaliden sich eine Vorstellung machen kann. Der Betrag dürfte sich beinahe verdoppeln. Was die menschlichen Opfer anbetrifft, so sind unter den Toten nur die im Kriege Gefallenen gezählt. Wie viele aber kehren aus der Front zurück, die dann in kurzer Zeit ihren Wunden oder dem mitgebrachten Siedtum erliegen? Und der Geburtenrückgang wird sicher aus Mangel an Männern noch mehrere Jahre anhalten.

Aber schon die bereits gewonnenen Zahlen sind so riesenhaft groß, daß sie unsere Einbildungskraft übersteigen und in kleinere Größen aufgelöst werden müssen, um begriffen zu werden.

Wir besitzen eine Statistik der Goldgewinnung der Welt seit dem 15. Jahrhundert. Der ganze seit damals bis auf unsere Tage angesammelte Goldvorrat beziffert sich auf 62 Milliarden Mark — also noch nicht einmal ein Fünftel der Kriegsanleihen! Wenn man die 350 Milliarden in 20-Markstücken auszahlen wollte, so könnte man damit einen neunfachen Gürtel um den Äquator legen. Das sind Summen, die über alle gewohnten Maße hinausgehen. Die gesamte Staatsschuld Europas betrug vor dem Kriege 104 Milliarden Mark. Sie steigt durch den Krieg auf 450 Milliarden Mark. Wo ist das Land, das diese Schuldenlast allein tragen könnte? Ganz Europa wird unter ihr zusammenbrechen, wenn es nicht sich zusammenschließt und durch gegenseitige Förderung seine Produktion und seinen Reichtum rasch steigert.

Wenn man die sieben Millionen Getötete zu einem Leichenzug formen wollte, so würde er sich auf fast 14 000 Kilometer ausdehnen. Er würde von Paris bis Wladivostok reichen.

Und nun gedenke man der Millionen Krüppel, Siechen, Halbtoten!

Wohin soll das führen? Was soll daraus werden?

Wenn der Frost die Baublüten tötet, gibt es keine Ernte. Das wissen wir. Wir haben aber die Blüte der Nationen durch den Krieg vernichten lassen. Auch dieser Schaden ist nicht zeitweilig, er ist dauernd. Die Folgen lassen sich gar nicht ausdenken.

Europa hat in diesem einzelnen Krieg mehr Menschenleben verloren, als die Menschheit in allen Kriegen der Welt zusammen von 1790 bis 1913 — fast doppelt soviel! *)

Und es soll noch weiter gemordet werden!

Seit fast drei Jahren leben wir nur noch von der Zerstörung. Die gewaltigen Mittel unserer Industrie, der Technik, der Wissenschaft, auf die wir stolz waren, die uns hoch emporhoben über die früheren Zeiten, die uns reich und stark machten, haben wir auf das einzige Ziel gerichtet — zu vernichten, was wir geschaffen haben. Und wir haben darin Ungeheuerliches geleistet. Ist es denn noch immer nicht Zeit, diesem Wüten, das Völker zugrunde richtet und Kulturen entwirrt, ein Ende zu legen?

Man mag über die Zukunft Europas denken wie man will und sich was auch nur vornehmen, das dringendste Gebot der Stunde ist der Friede.

Aber die Kräfte, die diesen Krieg verschuldet haben, sind immer noch am Wirken. Sie sind es, die den Frieden verhindern.

Auf dem Ruin der Nationen und Zivilisationen baut sich die Macht einzelner auf.

Es kann aber kein menschlicher Eigennutz so groß sein, um sich mit solchen Opfern durchsetzen zu wollen.

Darum ist es gar nicht mehr die Profitgier und das Machtgelüste, die den Krieg fortsetzen. Aber die an der Spitze der Macht und des Reichtums stehen, sehen jetzt selbst ein, daß sie sich verreckten, als sie den Krieg heraufbeschworen hatten, und sie erschauern vor den Folgen ihres Tuns. Ihre Hoffnung schlug in Furcht um, und die Furcht erwies sich als ein schlechter Ratgeber. Sie können sich zu nichts mehr entschließen und lassen das Verhängnis walten. Ihre Angst aber hüllen sie in Schrecken. Sie bedrohen die fremden Völker mit völliger Vernichtung und suggerieren den eigenen Völkern den Gedanken, daß sie von den anderen vernichtet werden würden, wenn sie den Krieg nicht fortsetzen. — —

Vom Büchertisch.

Wohl veranlaßt durch unseren Artikel »Photographische Kenntnisse« in Nr. 29 der »Graphischen Presse« sandte uns der Spezialverlag für photographische Literatur, Wilhelm Knapp in Halle a. S., das bei ihr in 87.—97. Auflage (259.—291. Tausend) 1916 neu bearbeitete und erschienene Werkchen: **David, Ratgeber im Photographieren für Anfänger und Fortgeschrittene**, Preis broschiert 1,80 Mk. Schon seit Jahren ist das Buch, des in der Amateur- und Fachwelt; bekannten Autors gut eingeführt. Es verlohnt sich, den Aufbau desselben wenigstens im Auszuge hier wiederzugeben. In vorteilhafter Weise hat der Verfasser das Buch in zwei Teile: für Anfänger und Fortgeschrittene, geteilt — Im I. Teil, für Anfänger, werden nach einer kurzen Einleitung zur Erklärung der Photographie, die photographischen Platten und Filme, die Optik und die Kameras, dann der Negativ- und Positiv-Prozeß behandelt. Bei letzterem die Auskopier- und Entwicklungspapiere gesondert. Der II. Teil, für Fortgeschrittene, bringt die verschiedenen Gebiete zur Anwendung der Photographie, die Unterscheidung der Entwickler, die neueren modernen Kopierverfahren, die Anfertigung von Diapositiven, das Vergrößern von Bildern, die Photographie in natürlichen Farben und anderes mehr. Durch eine sachgemäße Anordnung die auch im Drucksatz zum Ausdruck kommt, bietet das Buch jedem Gelegenheit, sich mit dem gesumten Wesen der Photographie vertraut zu machen. Neben dem klar geschriebenen Text enthält das Buch zahlreiche und vergleichende Illustrationen, die in ihrer vorzüglich angebrachten Art mehr verständlich machen, wie lange Aufsätze. Das Buch ist wie geschaffen, die Lücke, die noch bei vielen verwandten Berufsangehörigen über die Photographie besteht, auszufüllen. Der Preis des Buches ist dabei äußerst billig. W. H.

*) Studiengesellschaft, Bulletin Nr. 2.

Stellenangebote

Wir suchen einen perfekten **Farbandrucker** in selbständiger Stellung zu möglichst baldigem Antritt.
 KIRSTEIN & CO., Leipzig, Hospitalstr. 11a.

Verschiedenes

Spritzapparat gebrauchter, zu kaufen gesucht mit Preis-Angeboten.
 O. Steinhausen, Berlin, Revalerstraße Nr. 10 bei Markgraf.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.

Festschrift von Fritz Hansen.
 Verlag: **Conr. Müller, Scheuditz.**
 Preis 55 Pfg. (portofrei).
 Bei 10 Stück ein Freixemplar.

Der praktische Umdrucker, inkl. Porto 85 Pfg.

Conrad Müller, Scheuditz.

Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
 Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**